

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 52. und 53. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 22. Februar und Freitag, dem 23. Februar 2018

1. Abgeordnete

Hans Jürgen Noss,
Wolfgang Schwarz und
Michael Hüttner (SPD)

Bilanz der Fastnachts-, Faschings- und Karnevals Kampagne 2018

Mit dem Aschermittwoch am 14. Februar 2018 ist die närrische Zeit in Rheinland-Pfalz und Deutschland zu Ende gegangen. Unser Land verfügt über eine große Zahl traditionsreicher großer und unzähliger kleinerer Veranstaltungen in allen seinen Regionen. Rheinland-Pfalz kann daher sicher zu den Hochburgen deutschlandweiter Narren-Kultur gezählt werden. Egal ob man es Fasching, Fastnacht oder Karneval nennt: Auch in diesem Jahr feierten tausende rheinland-pfälzische Närrinnen und Narren gemeinsam mit zahlreichen auswärtigen Gästen bei Straßen- und Saalveranstaltungen wieder die tollen Tage.

Wie in jedem Jahr bedeutet die Vielzahl und Größe dieser Veranstaltungen eine besondere Herausforderung für die Einsatzkräfte der Polizei. Auch 2018 sorgte diese mit ihrem Einsatz für die Sicherheit der Feiernden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Einsätze hatte die rheinland-pfälzische Polizei in Verbindung mit Fastnachts- und Karnevalsveranstaltungen zu bewältigen?
2. Wie hat man sich, ggfs. gemeinsam mit den Kommunen, auf die Kampagne 2018 vorbereitet?
3. Wie ist die Bilanz der diesjährigen Veranstaltungskampagne aus polizeilicher Sicht?
4. Gab es im Vergleich zu früheren Jahren aus Sicht der Landesregierung besondere Feststellungen oder Vorkommnisse?

2. Abgeordnete

Hedi Thelen und
Michael Wäschenbach
(CDU)

Landesregierung verweigert Aufklärung in Sachen MDK – Prüfberichte werden seit November nicht herausgegeben

In der vergangenen Plenarsitzung hat die CDU-Fraktion das Thema der bereits 2007 festgestellten unrechtmäßigen Prämienzahlung an verbeamtete Mitarbeiter des MDK in der Fragestunde kritisch hinterfragt. Unserer Bitte um Erhalt der Prüfberichte von 2007 und 2012 wurde nicht gefolgt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. An wie viele verbeamtete Mitarbeiter des MDK wurden nach den Feststellungen des Landesprüfdienstes nach der Regelprüfung 2012 zwischenzeitlich Prämien gezahlt und wie viele Beamte waren insgesamt in den letzten 15 Jahren von der angeblich ungesetzlichen Prämienzahlung betroffen und wie hoch ist die Gesamtleistung real und bezogen auf die gesamten Personalkosten?
2. In welcher Form wurden die angeblich rechtswidrigen Prämienzahlungen vom Landesprüfdienst 2012 beanstandet und im Rahmen einer Ermessensentscheidung des damaligen Ministers Schweitzer die Einstellung betrieben oder die Fortzahlung in Kauf genommen und wer hatte in der Landesregierung Kenntnis von diesem Verfahren?

3. Abgeordneter
Uwe Junge (AfD)

Situation in der Justizvollzugsanstalt Diez

Am 2. November 2017 fand in der JVA Diez eine Vergewaltigung statt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den dringend Tatverdächtigen auch wegen des Verdachts des versuchten Totschlages. Darüber hinaus hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen drei Bedienstete aufgenommen, weil diese den Tatverdächtigen nicht vor dem Kontakt mit dem Opfer untersucht haben sollen. Wie bekannt geworden ist, soll der Tatverdächtige seine Tat gegenüber der Sozialarbeiterin bereits angekündigt haben. Dennoch wurde dem späteren Opfer wegen der Trennung angeraten, ein „finales Gespräch“ mit dem Tatverdächtigen zu suchen. In der Justizvollzugsanstalt Diez sind im allgemeinen Vollzugsdienst im Jahre 2017 43,57 Bedienstete pro 100 Gefangene zuständig. Der Landesdurchschnitt lag im Jahre 2016 noch bei 56,57 pro 100 Gefangene. Im Jahre 2016 wurden in der JVA Diez 33 571 Stunden an Mehrarbeit geleistet.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wurden die drei Bediensteten der JVA Diez, gegen die nach den Vorfällen am 2. November 2017 ein Ermittlungsverfahren wegen gefährlicher Körperverletzung durch Unterlassen eingeleitet wurde, vom Dienst suspendiert?
2. Was wird unternommen, um eine Lösung bezüglich der angefallenen Überstunden und der nicht genommenen Urlaubstage aus den vergangenen Jahren zu Gunsten der Bediensteten zu finden?
3. Hält die Landesregierung an dem Plan fest, dass für den Haushaltsplan 2019/2020 weitere 50 Stellen bei den Justizvollzugsbeamten in Rheinland-Pfalz gestrichen werden?
4. Ab wann hatte die Anstaltsleitung der JVA Diez Kenntnis von den Äußerungen des dringend Tatverdächtigen, dass er seine Ehefrau „wegmachen“ wolle?

4. Abgeordnete
Steven Wink und
Helga Lerch (FDP)

Coaches für die betriebliche Ausbildung

Im Januar 2018 hat das Wirtschaftsministerium des Landes Rheinland-Pfalz bekanntgegeben, dass das Projekt „Coaches für die betriebliche Ausbildung“ auf Ausbildungsberufe im Hotel- und Gaststättenbereich ausgeweitet werden soll.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Coaches für betriebliche Ausbildung?
2. Wie viele Jugendliche wurden von den Coaches, die in den Handwerkskammern schon seit längerem im Einsatz sind, in 2016 und 2017 betreut und wie viele davon in eine berufliche Ausbildung vermittelt?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Beitritt der DEHOGA zu diesem Projekt, insbesondere vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels?

5. Abgeordnete
Andreas Hartenfels und
Dr. Bernhard Braun
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Status des Windenergieausbaus in Rheinland-Pfalz

Laut den aktuell veröffentlichten Daten der Deutsche WindGuard GmbH stieg die Gesamtleistung von Windenergieanlagen auf 50 777 MW in Deutschland. Auch in Rheinland-Pfalz ging der Zubau von erneuerbaren Energien voran.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wieviel Windenergieleistung wurde im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz zugebaut?
2. Welche wirtschaftlichen und Arbeitsplatzeffekte werden durch erneuerbare Energien in Rheinland-Pfalz erzielt?
3. Wie viele Treibhausgasemissionen wurden/werden durch die erneuerbaren Energien in Rheinland-Pfalz eingespart?
4. Wie bewertet die Landesregierung die im Entwurf des Koalitionsvertrags niedergeschriebenen Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien auf Bundesebene?

6. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Sicherung der ärztlichen Versorgung

Mit einer jetzt vorgestellten Überarbeitung des Masterplans zur ärztlichen Versorgung will das Land angeblich dem Ärztemangel begegnen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum entspricht die Landesregierung weiterhin nicht den Forderungen der CDU-Fraktion und aus der Ärzteschaft selbst nach einer Erhöhung der Studienplätze für Medizin in Rheinland-Pfalz?
2. Inwieweit hält es die Landesregierung für verantwortlich, dass Rheinland-Pfalz somit weiterhin hinsichtlich der Studienplatzdichte pro 100 000 Einwohner auf einem der hinteren Plätze liegt?
3. Inwieweit hält es die Landesregierung für vertretbar, anders als andere Bundesländer, kein Stipendienprogramm für Medizinstudierende zu haben, die sich dafür zu einer landärztlichen Tätigkeit in Rheinland-Pfalz verpflichten?

7. Abgeordnete
Bettina Brück und
Astrid Schmitt (SPD)

MINT-Land Rheinland-Pfalz: gute Bildung für gute Fachkräfte

Laut einem Artikel der Allgemeinen Zeitung vom 14. Februar 2018 stellen die rheinland-pfälzischen Unternehmer der Ampel-Regierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ein überwiegend positives Zwischenergebnis aus. Sie loben insbesondere die Initiative von Bildungsministerin Dr. Hubig, einen Schwerpunkt auf die Förderung der MINT-Fächer zu setzen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Warum hat das Bildungsministerium eine MINT-Initiative gestartet?
2. Welche neuen Maßnahmen beinhaltet die MINT-Initiative des Bildungsministeriums?
3. Wird ein besonderer Schwerpunkt auf eine Maßnahme gelegt?
4. Wie schätzt die Landesregierung den nachhaltigen Erfolg solcher Maßnahmen ein?

8. Abgeordnete
Dr. Sylvia Groß (AfD)

Pflegenotstand

Am 1. Februar 2018 veröffentlichte der Medizinische Dienst des GKV-Spitzenverbands (MDS) den 5. MDS-Pflege-Qualitätsbericht und zeigte Mängel insbesondere hinsichtlich der Versorgungsqualität auf. Es bestehe „sowohl bei der Personalausstattung als auch bei der Umsetzung des fachlich gebotenen Handlungsbedarf“, so der Bericht.

Das Koalitionsergebnis Gesundheit und Pflege der designierten Bundesregierung wirft Fragen auf.

Von Frau Staatsministerin Bätzing-Lichtenthäler werden am 9. Februar 2018 im SWR die Pflegepläne der designierten Großen Koalition als nur einen ersten Schritt bezeichnet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ankündigung der designierten Großen Koalition, in einem Sofortprogramm 8 000 neue Pflegefachkraftstellen schaffen zu wollen, zumal bundesweit derzeit 24 000 und in Rheinland-Pfalz 2 000 Pflegefachkraftstellen unbesetzt sind (Bundesagentur für Arbeit, Stand: Dezember 2017) und welcher Zeitrahmen umfasst der Begriff SOFORT?
2. Wie bewertet die Landesregierung, im Hinblick auf die Situation der Pflege in Rheinland-Pfalz, die rechtliche Umsetzbarkeit und Finanzierung der im Koalitionsvertrag genannten flächendeckenden Tarifverträge für Pflegefachkräfte, wenn die Löhne in Deutschland noch immer von den Tarifpartnern ausgehandelt werden?
3. Wie bewertet die Landesregierung, im Hinblick auf die Situation der Pflege in Rheinland-Pfalz, die Forderung des Arbeitgeberverbands Pflege nach Ernennung eines Pflegebeauftragten direkt im Kanzleramt?
4. Wie versteht die Landesregierung die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen verpflichtenden Kooperationsverträge zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung und den Pflegeeinrichtungen?

9. Abgeordnete
Steven Wink und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)

Straßenbaumittel

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage hat Verkehrsminister Dr. Volker Wissing am 26. Januar 2018 ausgeführt, dass das Land Rheinland-Pfalz die Investitionen in den Bundesfernstraßenbau im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 um rund 48 Millionen Euro erhöht hat.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich die abgerufenen Bundesmittel für den Straßenbau in den vergangenen fünf Jahren entwickelt?
2. Auf welcher Grundlage werden die Investitionsmittel beim Bund beantragt?
3. Wie gestaltet sich das Verhältnis der abgerufenen Bundesmittel pro Einwohner nach Kenntnis der Landesregierung im Bundesvergleich?
4. Wie hoch waren die Investitionen im Landes- und Bundesstraßenbau in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 insgesamt?

10. Abgeordnete
Jutta Blatzheim-Roegler
und Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aktuelle Maßnahmen für saubere Mobilität

Die Problematik der hohen innerstädtischen Stickoxidbelastungen steht weiterhin im Fokus der Öffentlichkeit. Die Verantwortung für den jetzigen Zustand der Grenzwertüberschreitungen trägt die Automobilindustrie, die über Jahre hinweg Fahrzeuge produziert hat, die im Betrieb zu hohe Emissionen aufweisen und mit illegalen Maßnahmen die realen Emissionswerte verschleierte. Gerade an Verkehrs-Hotspots führen die hohen Realemissionen der Dieselfahrzeuge in vielen Städten zur Überschreitung des NO₂-Jahresgrenzwertes (40 µg/m³). In Rheinland-Pfalz sind weiterhin die drei Städte Mainz, Ludwigshafen und Koblenz von Stickoxid-Grenzwertüberschreitungen betroffen.

Die verpflichtende Nachrüstung von Diesel-Pkw wäre eine Option, die zur Reduzierung von Emissionen beitragen würde. Auch der verstärkte Einsatz von emissionsarmen Fahrzeugen, eine Reduzierung des motorisierten Verkehrsaufkommens sowie die Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs können dazu beitragen, die Schadstoffgrenzwerte einzuhalten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für zielführend, um die Luftqualität in den Städten zu verbessern?
2. Wer soll aus Sicht der Landesregierung für eine Hardware-Nachrüstung von Diesel-Pkw, welche die vorgegebenen gesetzlichen Grenzwerte nicht einhalten, zahlen?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Vorschlag für einen ticketlosen ÖPNV in ausgewählten Städten in dem Schreiben der Bundesregierung an den EU-Umweltkommissar Karmenu Vella als Maßnahme zur Luftverbesserung in allen von Grenzwertüberschreitungen betroffenen Städten?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um den Radverkehr zu fördern und insbesondere den Umstieg auf das Fahrrad für Berufspendlerinnen und -pendler attraktiver zu machen?

11. Abgeordnete
Gerd Schreiner und
Gordon Schnieder (CDU)

Neue finanzielle Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs

Während der Pressekonferenz zur künftigen Änderung des KFA hat die Landesregierung, vertreten durch Ministerpräsidentin Dreyer, Finanzministerin Ahnen und Kommunalminister Lewentz, gegenüber der Presse erklärt, dass die angekündigten zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von 60 Mio. Euro aus Landesgeldern stammen würden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Handelt es sich bei den zusätzlichen Finanzmitteln um originäre Landesmittel oder kommen diese aus dem sogenannten Stabilisierungsfonds?
2. Befinden sich diese Finanzmittel in Rückstellung des Landes (sogenannte Stabilisierungsfonds) oder wurden die Mittel bereits für andere Landesprojekte finanziell veranschlagt?
3. Wie hoch sind die tatsächlichen und direkt zur Verfügung stehenden Finanzmittel innerhalb des Stabilisierungsfonds?
4. Wieso stellt die Landesregierung nicht bereits in diesem Jahr die zusätzlichen 60 Mio. Euro zugunsten der neuen Schlüsselzuweisung im Kommunalen Finanzausgleich zur Verfügung, wenn die 60 Mio. Euro tatsächlich doch aus den kommunalen Finanzmitteln im Stabilisierungsfonds kommen sollten?

12. Abgeordnete
Dr. Denis Alt und
Heiko Sippel (SPD)

Aktueller IHK-Konjunkturbericht Rheinland-Pfalz

Am 7. Februar 2018 wurde der IHK-Konjunkturbericht Rheinland-Pfalz Winter 2017/2018 vorgestellt. Dabei zeigt sich die rheinland-pfälzische Wirtschaft in sehr guter Verfassung. Die Geschäftslage und die Geschäftserwartungen befinden sich auf einem neuen Höchststand. Auch die Investitionsneigung und die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen bleiben überdurchschnittlich hoch. Als größten Risikofaktor gaben 55 Prozent der Betriebe den Fachkräftemangel an, gefolgt von den Arbeitskosten und den Energie- und Rohstoffpreisen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche zentralen Erkenntnisse ergeben sich aus dem aktuellen IHK-Konjunkturbericht für die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Landesregierung?
2. Wie kann die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Betriebe unterstützen, um den aus Sicht der befragten Unternehmen größten Risikofaktoren, insbesondere dem Fachkräftemangel, zu begegnen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Warnung der Arbeitsgemeinschaft der IHK vor einer möglichen Überhitzung der Wirtschaft durch staatliche Konjunkturimpulse?

13. Abgeordneter
Damian Lohr (AfD)

Popularität von Blockchain Technologie und Kryptowährungen

Kryptowährungen bieten neben den Chancen auch viele Risiken. So hat das Land unter anderem Geld mit beschlagnahmten Kryptowährungen verdient.

<http://www.swr.de/swraktuell/rp/nach-straftaten-eingezogen-land-verdient-mit-beschlagnahmten-bitcoins/-/id=1682/did=21127134/nid=1682/106dag/index.html>

In den vergangenen Jahren haben sowohl die Blockchain Technologie als auch Kryptowährungen an Popularität gewonnen. Das stark gestiegene Interesse an der Technologie bietet sowohl Chancen als auch Risiken.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie viele Unternehmen in Rheinland-Pfalz eine Blockchain Technologie verwenden?
2. Wie viel Euro sind nach Einschätzung der Landesregierung von Bürgern aus Rheinland-Pfalz in Kryptowährungen investiert worden?
3. Ist das Land Rheinland-Pfalz in Besitz von Kryptowährungen?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Aufkommen von Kryptowährungen?

14. Abgeordnete
Marco Weber und
Thomas Roth (FDP)

Flurbereinigung

Im Januar 2018 sind etliche Flüsse in Rheinland-Pfalz über die Ufer getreten. Eine wichtige Rolle beim nachhaltigen Hochwasserschutz nimmt die ländliche Bodenordnung (Flurbereinigung) ein. Darüber hinaus kann die Flurbereinigung als Instrument zur Verbesserung der Agrarstrukturen, das auch die Regionalplanung und den Naturschutz miteinbezieht, eine integrierte, nachhaltige Landentwicklung gezielt vorantreiben.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Flurbereinigungsverfahren laufen aktuell in Rheinland-Pfalz und welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?
2. Welche Bedeutung kann die Flurbereinigung für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz einnehmen?
3. Inwiefern können Flurbereinigungsmaßnahmen Infrastrukturvorhaben unterstützen?

15. Abgeordnete
Anke Beilstein und
Guido Ernst (CDU)

Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen

Die Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen wird vom Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (VLBS) massiv kritisiert (26. Januar 2018).

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie plant die Landesregierung die Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen schrittweise zu verbessern, sodass das im Koalitionsvertrag genannte Ziel der hundertprozentigen Unterrichtsversorgung bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht wird?
2. Wie hat sich in den vergangenen fünf Jahren die Zahl der Überstunden der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen entwickelt?
3. Wie hoch beziffert die Landesregierung den Fachlehrermangel in den beruflichen Fächern?
4. Teilt die Landesregierung die vom VLBS vorgeschlagenen Maßnahmen, wie die Einführung gezielter Landesstipendien, die verbesserte Anerkennung beruflicher Erfahrungszeiten, mehr besoldungsrechtliche Flexibilität und die Ausbildung von Lehrkräften mit zwei beruflichen Fächern zu ermöglichen?

16. Abgeordnete
Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Masterplan zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung

Laut aktueller Presseberichterstattung hat die Landesregierung in der vergangenen Woche gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern die Fortschreibung des Masterplans zur Stärkung der ambulanten ärztlichen Versorgung der Öffentlichkeit präsentiert. Ziel des Maßnahmenpakets sei es, die ambulante ärztliche Versorgung in allen Regionen von Rheinland-Pfalz langfristig sicherzustellen.

Hierzu fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Bilanz des vor rund zehn Jahren verabschiedeten Masterplans?
2. Aus welchen Gründen wurde der Masterplan aktuell fortgeschrieben?
3. Welche Partnerinnen und Partner sind am Masterplan-Prozess beteiligt und wie bewertet die Landesregierung die Zusammenarbeit?

17. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Gabriele Wieland (CDU)

Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Fahrverboten

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat für den 22. Februar 2018 einen Verhandlungstermin zu Diesel-Fahrverboten in Düsseldorf angesetzt. Zu klären sei, ob Fahrverbote auf Grundlage des geltenden Rechts überhaupt möglich sind. Das Urteil im Rechtsstreit zwischen der Deutschen Umwelthilfe und dem Land Nordrhein-Westfalen könnte aufgrund der anhaltenden Überschreitung der Grenzwerte für die Luftqualität in den Städten Mainz, Ludwigshafen und Koblenz auch Bedeutung für Rheinland-Pfalz haben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen sind von dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für Rheinland-Pfalz zu erwarten?
2. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung in der Diskussion um mögliche Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in den drei besonders betroffenen rheinland-pfälzischen Städten?
3. Wie hat sich die Luftqualität in den drei besonders betroffenen rheinland-pfälzischen Städten in den letzten zwei Jahren entwickelt?
4. Durch welche konkreten Maßnahmen werden die drei besonders betroffenen rheinland-pfälzischen Städte bei ihren Bemühungen zur Einhaltung der zulässigen Grenzwerte für den Ausstoß von Feinstaub und Stickstoffdioxid vom Land unterstützt?

18. Abgeordnete**Jutta Blatzheim-Roegler
und Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Verkehrsunfallstatistik 2017**

Vor wenigen Tagen stellte Innenminister Roger Lewentz die Verkehrsunfallstatistik 2017 vor. Danach ist die Zahl der tödlichen Unfälle auf den rheinland-pfälzischen Straßen gesunken, die Zahl der Unfälle insgesamt jedoch gestiegen. Auch die Zahl der Schwerverletzten stieg leicht an. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung ist das Ziel formuliert, die Verkehrsunfälle und insbesondere die tödlichen Unfälle nach Möglichkeit weiter zu senken (Vision Zero).

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was war im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz statistisch gesehen die häufigste Unfallursache?
2. Auf welchen Straßen fanden die meisten Unfälle statt (bitte nach Zahlen aufschlüsseln: innerorts, Landstraße, Bundesstraße, Autobahn)?
3. Welchen Alterskohorten gehörten die Verursacher bzw. Verursacherinnen an?
4. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über den Einfluss der Verkehrsüberwachung hinsichtlich Geschwindigkeitsübertretungen, die ja wesentlich zu Unfällen beitragen können?

19. Abgeordnete**Anke Beilstein und
Thomas Barth (CDU)****Fachlehrermangel an Grundschulen und Förderschulen**

Die Lehrgewerkschaften VBE und GEW haben jüngst massiv den Fachlehrermangel im Bereich der Förder- und Schwerpunktschulen als auch in den Grundschulen kritisiert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Werden Planstellen, wenn sie nicht an einer Schule besetzt werden können, an andere Schulen und Regionen umgesetzt?
2. Wie hat sich die Zahl der Lehrkräfte entwickelt, die an Grundschulen, Schwerpunktschulen und Förderschulen eingesetzt werden, die als anders Qualifizierte bezeichnet werden (Angaben bitte in absoluten und relativen Zahlen)?
3. Teilt die Landesregierung die Aussage der GEW, dass in Rheinland-Pfalz 500 Planstellen für die Schulen fehlen?
4. Welchen der vom VBE am 22. Januar 2018 und der GEW am 31. Januar 2018 erhobenen Forderungen stimmt die Landesregierung zu?

20. Abgeordnete**Bettina Brück,
Johannes Kломann und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)****Wochen der Realschule plus: „Unser Plus an Bildung“**

Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium startete zum Jahresauftakt die „Wochen der Realschule plus“ unter der Überschrift „Unser Plus an Bildung“. Mitglieder der Landesregierung sowie der Präsident der ADD waren im Rahmen dieser Aktion im ganzen Land an zehn verschiedenen Realschulen plus unterwegs. Der letzte Schulbesuch fand am 29. Januar 2018 an der Realschule Plus in Dudenhofen statt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Was war das Ziel der Schulbesuche und wie war das Programm bei den Besuchsterminen ausgestaltet?
2. Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus den Wochen der Realschule Plus?
3. Gibt es Aktionen oder Maßnahmen zur Stärkung der Realschule Plus, über die Schulbesuche hinaus?